

Wilsdruffer Tageblatt

Sprechender Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Druckpreis monatlich 20, durch unsere Vertreter bezogen in der Stadt monatlich 22, auf dem Lande 24, durch die Post bezogen vierteljährlich 52, halbjährlich 100, jährlich 180. Die Postgebühren sind bei den Bezogenen zu zahlen. Im Falle späterer Preisänderungen hat der Bezogene seinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung über Abrechnung des Bezugspreises.



Abbestellungspreis 20 für die 6 wöchentlichen Ausgaben oder deren Name, Namen, die 2 wöchentliche Ausgabe 20. Bei Wiederholung und Jahreszahlung unterbleibt die Preisminderung. Bestellungen in umhüllter Zeit laut von Bezogenen die Zahlungen Monatsweise 20, halbjährlich 100, jährlich 180. Abbestellungspreis 20. Bei der Abbestellung der Zeitung über Abrechnung des Bezugspreises. Im Falle späterer Preisänderungen hat der Bezogene seinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung über Abrechnung des Bezugspreises.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rossen.

Verleger und Drucker: Arthur Schunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Käffig, für den Inseratenteil: Arthur Schunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 93

Freitag den 21. April 1922.

81. Jahrgang.

Ämtlicher Teil.

Rohlenversorgung.

Am 30. April d. J. verlieren die Abnehmer bis 21 der Grundkarten die Gültigkeit, dagegen wird auf die Zeit vom 1. Mai bis 30. September d. J. die Belieferung der Grund-

artenabschnitte 22 bis 35 mit je einem Zentner, sofern es die Eingänge gestatten, freigegeben.

Wilsdruff, am 20. April 1922.

Ortskohlenstelle.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* In Genua fand eine Besprechung der Ententeleiter mit den Führern der deutschen Delegation statt, um die Differenzen wegen des deutsch-russischen Vertrages auszugleichen.

* In Paris ist ein Sachverständigenausschuss gebildet worden, der die Zahlungsfähigkeit Deutschlands und die Bedingungen einer Anleihe untersuchen soll.

* In Weimar wurde ein als Parteiführer bekannter Arzt erschossen. Die Stadt wurde unter Belagerungszustand gestellt.

* Die obersteinsten Sozialdemokraten lehnten in einer Entscheidung die bundesstaatliche Autonomie für Obersachsen einstimmig ab, weil sie einen Rückschritt in der Frage des Einheitsstaates bedeuten würde.

* Der Reichstagsabgeordnete und Gewerkschaftsführer Otto Hue ist im 54. Lebensjahre in Essen gestorben.

„Abgestraft.“

Aus dem fabelhaften Entwürfsdrummel der „einladenden Mächte“ in Genua über die Selbstherrlichkeit des deutsch-russischen Vertragsabschlusses ist wieder einmal eine neue Note geboren worden. Eine Note an die ortswahrende deutsche Delegation, der gegenüber man sich den Wunsch zu geben für gut befindet, daß man aus lauter Verehrung sozusagen nicht mehr mündlich mit ihr verkehren könne. Man hat den schriftlichen Weg eingeschlagen, gleich als ob die Herren Wirth und Rathenau wieder in Berlin und die Häupter des Obersten Rates wieder in Paris säßen. Und die Note selbst, die mit den Namen sämtlicher Hauptvertreter der großen und der kleinen Entente unterzeichnet ist, atmet auch ganz den Geist des Hochmuts, den die Ententeleiter nun einmal nicht lassen können, sobald Deutschland ernstlich in Frage kommt.

Die spricht von Erfahren ob der Wahrnehmung, daß Deutschland „insgeheim“ im ersten Stadium der Genuefer Konferenz einen Vertrag mit Sowjetrußland geschlossen hat, trotz der Erklärung des Reichskanzlers, im Geiste der Loyalität und Freundschaft mit den anderen Mächten in Genua zusammenarbeiten zu wollen. Die russische Frage sei augenblicklich Gegenstand von Verhandlungen aller eingeladenen Mächte einschließlich Deutschlands, und dieses habe sich einer Verletzung der Bedingungen schuldig gemacht, die mit der Einladung zur Konferenz von allen eingeladenen Mächten angenommen worden sind. Man habe Deutschland den Beweis der Bereitwilligkeit gegeben, die Vergangenheit beiseite zu lassen, um den Preis einer ehrlichen Mitarbeit aller Konferenzteilnehmer zum Besten Europas. Deutschland aber habe diesen Geist gegenseitigen Vertrauens zerstückelt. Wohl seien bei allen Konferenzen inoffizielle Besprechungen erlaubt, zuweilen auch von großem Nutzen, Deutschland aber habe heimlich einen Vertrag mit Rußland über dieselben Fragen geschlossen, über die es in loyaler Weise mit den Vertretern der anderen Länder zusammenarbeiten sollte. Der Vertrag sei kein Objekt irgend einer Prüfung oder Genehmigung durch die Konferenz. Man wisse, daß er endgültig geschlossen und daß nicht beabsichtigt sei, ihn dem Urteil der Konferenz vorzulegen. Da er aber eine Verletzung einiger Hauptprinzipien darstelle, auf denen die Konferenz beruhe, könne man es nicht für zulässig halten, daß Deutschland, nachdem es ein eigenes Abkommen mit Rußland getroffen, in die Prüfungen der Bedingungen eintreten solle, die zwischen den anderen Konferenzländern mit Rußland zur Grundlage des angestrebten Vertragsabschlusses gemacht werden sollen. Also habe man festzustellen, daß die deutschen Delegierten durch ihre Aktion sich selber von der weiteren Teilnahme an den Vertragsverhandlungen über Rußland ausgeschlossen haben und in den weiteren Kommissionsitzungen nicht mehr vertreten sein könne.

Also wieder einmal eine Kompromißlösung — anders wissen auch die Ententeleiter sich nicht mehr zu helfen. Man hat Deutschland nicht, wie es von der französischen Delegation gefordert wurde, von der Konferenz ausgeschlossen, aus Genua etwa fortgewiesen, man hat es nicht einmal aus der Kommission ausgeschlossen, die mit der Prüfung der russischen Frage befaßt ist, sondern man hat nur erklärt, daß Deutschland sich selber die weitere Teilnahme an den Arbeiten dieser Kommission durch seinen vorzeitigen Vertragsabschluß mit Rußland verbaut habe — eine Auffassung, gegen die wohl die deutsche Delegation, wenn sie will, mit vollem Rechte Verwahrung einlegen kann; denn in Wirklichkeit war Deutschland schon während der ganzen ersten Konferenzwoche von den „inoffiziellen Besprechungen“, die in der Villa Lloyd Georges mit den Russen gepflogen wurden, geoffentlich ferngehalten worden, und gerade diese unfreundliche Art der Behandlung, die schwere Gefahren gegen und heraufbeschwor, zwang die deutsche Delegation, ihrerseits die Interessen ihres Landes selbständig in die Hand zu nehmen. Man muß immer wieder staunen über den Mut zur Unwahrheit, den die Vertreter der Ententeleiter Deutschland gegenüber an den

Tag legen. Auch jetzt, wo unsere Vertreter ihnen Aug' in Auge gegenüberstehen und sie also Gefahr laufen müssen, daß ihnen die heuchlerische Maske ungesäumt mit sicherem Griff vom Gesicht herabgerissen wird. Die Herren Wirth und Rathenau sind gewiß nicht weniger als Hafardspieser; und wenn sie trotzdem unter dem Druck der Verhältnisse mit überstolzer Kühnheit gehandelt haben, so muß man schon annehmen, daß ihnen gar keine andere Möglichkeit übriggeblieben war, um die drohende Überwältigung durch Sonderverhandlungen zwischen den einladenden Mächten und Rußland abzuwehren. Kein Zweifel, daß sie wissen, was sie getan haben. Ob der Erfolg ihren Erwartungen entsprechen wird, steht dann allerdings nicht nur bei ihnen.

Merkwürdig aber auch, wie der ganze Jorn der Ententeleiter sich über Deutschland und nur über Deutschland ergießt. Denn wenn sie es unserer Delegation schon verüben, daß sie auf die schwebenden Verhandlungen mit Rußland keine Rücksicht nahm, wie viel größer muß ihnen erst das Verbrechen der russischen Delegation erscheinen, die ja an diesen Verhandlungen beteiligt, während wir von ihnen ausgeschlossen waren. Aber gegen Tischtscherin und Genossen fällt kein Wort, man hört nichts von einer Note, die ihnen überreicht wurde, nichts von irgendwelchen Forderungen, die aus ihrem Vertragsabschluß mit Deutschland gezogen werden müßten. Um so weniger kann man an die Ernsthaftigkeit des „Erfahrens“ glauben, mit dem die Abfertigung der Note an Walter Rathenau begründet wird. Dieser wird die Antwort auf das überflüssige Schriftstück, dessen Entgegennahme er so nicht gut ablehnen konnte, gewiß nicht schuldig bleiben. Dann wird man sehen, ob die einladenden Mächte sich rasch oder langsam wieder beruhigen werden.

Wie es zur Unterzeichnung kam.

Gegenüber den Vorwürfen von Ententeleiter, daß Deutschland „heimlich und hinterlistig“ den Vertrag mit den Russen abgeschlossen habe, ist die beste Verteidigung in der Borge der russischen Delegation zu erblicken, wie sie ein Genuefer Pressevertreter, dem man gute Bestellungen zur Zeitung der deutschen Delegation nachsagt u. a. folgenbermaßen schildert:

Die deutsche Delegation ist mit der festen Absicht nach Genua gekommen, alles, was die Konferenz fördern könnte, zu vermeiden, und sie ist bei dieser Haltung geblieben, obgleich sie bald bemerken mußte, daß hier von den Interessierten Deutschlands mit keinem Wort gesprochen wurde. Dann aber mußte sie sehen, daß die großen Mächte an das russische Geschäft herangingen, und sie selbst von diesen für Deutschland ungeheuer wichtigen Verhandlungen ausgeschlossen sei. Es blieb ihr nicht verbleiben, daß man die Russen zwingen wollte, nachträglich den Versailler Vertrag anzunehmen, und daß hätte Deutschland auch im Osten den Franzosen tributpflichtig gemacht. Am Freitagabend machte der Gesandte der Italiener, Herr Ghinini, den Führern der deutschen Delegation die Mitteilung, daß die Verhandlungen mit Rußland so ziemlich beendet seien. Ein nochmaliges Gesuch der Deutschen, vor dem Abschluß an dieser Aussprache teilnehmen zu dürfen, wurde mit höflicher Entschiedenheit abgelehnt. Seit langem war zwischen Deutschland und Rußland ein Vertrag entworfen worden, der beiden Teilen das Reisbegünstigungsrecht und damit einen Anspruch auf alle Vorteile, die andere Staaten verlangen könnten, und einen wirksamen Schutz verlieh. Als die Führer der deutschen Delegation, die den Abschluß dieses Vertrages in ihrer rückwärtsvollen Vorsicht immer hinauszögert hatten, die unmittelbare Nähe der Gefahr erkannten, entschlossen sie sich, die Unterzeichnung zu vollziehen.

Eine entscheidende Beratung.

Daß die Konferenz wegen des deutsch-russischen Vertrages nicht scheitern darf, ist auch von den Ententeleitern, sogar von den Franzosen, anerkannt worden. Um nun wieder zu einer Beruhigung und normalen Arbeitsweise zu kommen, ist eine Besprechung der Führer der deutschen Delegation mit den Ententeleitern abgehalten worden, — und zwar aus Wunsch unserer Gegenspieler! Vom Verlauf dieser Beratung ist selbstverständlich alles weitere abhängig, in erster Linie die Antwort, welche die deutsche Delegation auf die Ententernote erteilen wird. Man gewinnt daraus, — ohne vor Überraschungen sicher zu sein — doch den Eindruck, daß die anscheinend so gefährbringende Aktion des deutsch-russischen Vertrages umfahren werden kann und eine Verhütung bei den Ententeleitern eingetreten ist.

Reichstagsabgeordneter Hue †.

Essen, 19. April.

Der Reichstags- und Landtagsabgeordnete Otto Hue ist im Essener Städtischen Krankenhaus an Lungenerkrankung gestorben. Sein Name ist schon seit langem einer der bekanntesten unter den deutschen Gewerkschaftsführern.

Das wird unbestritten an der Spitze der deutschen Bergarbeiterchaft. Ursprünglich war er Schlosser in Bergwerken, arbeitete sich rasch empor und wurde Landtagsabgeordneter für Reußland, dann Reichstagsabgeordneter. Bei verschiedenen politischen Krisen der jüngsten Zeit zeigte sich, daß er einen weit über die Partei hinausgehenden Einfluß auf die deutsche Bergarbeiterchaft besaß. Als Autorität in allen Fragen der deutschen Hüttenindustrie war er mit in Versailles, in Spa, wo er neben und mit Stinnes als Sachverständiger in der Kohlenfrage gehört wurde. Er sollte auch nach Genua gehen, als er der schweren Krankheit verfiel. Hue ist nur 53 Jahre alt geworden. Der Reichspräsident hat an die Witwe des Verstorbenen ein Beileidstelegramm gerichtet.

Der Anleiheplan.

Ernennung eines Sachverständigenausschusses.

Der einzige praktische Weg, auf dem Deutschland wenigstens einen Teil der ihm aufgebürdeten Schuldenlast bezahlen kann, ist der einer langfristigen internationalen Anleihe. Das hat nach unendlichen Anfeindungen auch die Reparationskommission anerkannt, die bereits vor einiger Zeit beschloß, einen Sachverständigenausschuss zu bilden, der eine Prüfung der Bedingungen vornehmen soll, unter denen die deutsche Regierung in der Lage wäre, ihren Verpflichtungen nachzukommen und im Ausland Anleihen aufzunehmen, deren Ergebnis für den teilweisen Rücklauf des Kapitals der Reparations Schuld verwendet würde. Dieser Ausschuss ist jetzt gebildet und von deutscher Seite gehört ihm Staatssekretär a. D. Vergmann an. Da die Kommission außerdem wünschte, daß sich der Ausschuss auf die Erfahrungen und die Ansichten der Finanzkreise der Vereinigten Staaten stützen könne, hat sie Herrmont Morgan ersucht, Mitglied des Ausschusses zu werden. Es ist wahrscheinlich, daß die erste Zusammenkunft des Ausschusses in Paris in den ersten Tagen des Monats Mai stattfindet.

Auch in Genua werden inoffizielle Besprechungen über den Anleiheplan geführt und dabei sind bereits feste Zahlen über die Verteilung der Anleihe auf die verschiedenen Mächte genannt worden. Danach sollen drei Milliarden Goldfranken von den Ententeleitern, in erster Linie vom englischen und amerikanischen Kapital aufgebracht werden, während die Neutralen eine Milliarde Goldfranken aufbringen sollen. Die ersten drei Milliarden sind zur Befriedigung der französischen und belgischen Bedürfnisse während der nächsten zwei Jahre bestimmt; Deutschland genießt den Vorteil, daß es in diesen zwei Jahren keine hohen Reparationsleistungen an die beiden Länder abzuführen braucht und Gelegenheit erhält, seinen inneren Haushalt und seine Staatsfinanzen in Ordnung zu bringen. Die Stabilisierung der deutschen Valuta soll mit Hilfe der vierien von den Neutralen aufzubringenden Goldmilliarde erreicht werden. Die englischen Sachverständigen schlagen in dieser Frage vor, die deutsche Mark auf der Grundlage von fünfzehn Goldpfennigen zu stabilisieren, ein Fuß, der zwar von den deutschen Sachverständigen als nicht zu hoch angesehen wird, aber doch wohl dem englischen Wunsch entspricht, das unrentable deutsche System der billigen Exporte zu bekämpfen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Botschafter Houghtons Amtsantritt.

Der neue amerikanische Botschafter für Deutschland, Manson B. Houghton, trifft im Laufe dieser Woche in Berlin ein. Mit seiner Ankunft wird die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland vollendete Tatsache sein. Houghton wird in erster Linie die Verhandlungen mit der deutschen Regierung über die amerikanischen Kriegsforderungen an Deutschland zum Abschluß zu bringen suchen. Diese Forderungen belaufen sich auf etwa 100 Millionen Dollars, die zum größten Teil aus der Verrentung der „Lusitania“ herrühren. Der Wert des beschlagnahmten deutschen Eigentums in Amerika beträgt dagegen etwa 350 Millionen. Der Braunschweiger Polizeipräsident suspendiert.

Nachdem das Staatsministerium infolge der Enthüllungen vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuss über die Zustände der Braunschweiger Schutzpolizei verschiedene höhere Beamte entlassen hat, wurde auch der Polizeipräsident Buchterkirchen zur Disposition gestellt. Gegen ihn wurde ein Disziplinerverfahren eingeleitet. Buchterkirchen war Mitglied der sozialistischen Partei. Die Einleitung eines Disziplinerverfahrens gegen ihn ist angeordnet und sein Gehalt um ein Viertel gekürzt. Er wird beauftragt, sich um die Unregelmäßigkeiten bei der Schupo nicht genügend bekümmert resp. sie gebildet zu haben.